

Biehler, Nadine; Meier, Amrei

Research Report

MHPSS als Friedensressource: Fluchtkontexte, psychosoziale Unterstützung und der Humanitarian-Development-Peace-Nexus

SWP-Aktuell, No. 2/2026

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Biehler, Nadine; Meier, Amrei (2026) : MHPSS als Friedensressource: Fluchtkontexte, psychosoziale Unterstützung und der Humanitarian-Development-Peace-Nexus, SWP-Aktuell, No. 2/2026, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, <https://doi.org/10.18449/2026A02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/335921>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

SWP-Aktuell

NR. 2 JANUAR 2026

MHPSS als Friedensressource

Fluchtkontexte, psychosoziale Unterstützung und der Humanitarian-Development-Peace-Nexus

Nadine Biehler/Amrei Meier

Menschen auf der Flucht sind nicht nur physischen Gefahren, sondern auch schweren psychischen Belastungen ausgesetzt, von der Vertreibung selbst über Gewalterfahrungen bis zu unsicheren Lebensbedingungen und Perspektivlosigkeit am Zielort. Die Folgen dieser Erschütterungen beeinträchtigen nicht nur die Betroffenen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und deren wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität. Dennoch wird psychosoziale Unterstützung (Mental Health and Psychosocial Support, MHPSS) in Fluchtsituationen sowohl im politischen Diskurs als auch in internationalen Hilfsprogrammen oft vernachlässigt. Dabei können sich entsprechende Maßnahmen positiv auf das Zusammenleben in den Aufnahmeländern, aber auch auf Friedensprozesse in den Herkunftsländern auswirken und damit der dritten Dimension des Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus), der sogenannten Friedenssäule, zugutekommen. Der HDP-Nexus soll humanitäre Hilfe und Entwicklung mit Friedensförderung verzahnen. Dieser Ansatz ist gerade in Fluchtsituationen von großer Bedeutung.

Menschen auf der Flucht sind in allen Phasen der Vertreibung einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt, die ihre psychische Gesundheit beeinträchtigen können. Bereits vor der Entscheidung zur Flucht erleben viele anhaltende oder wiederholte Bedrohungen für Leib und Leben: gezielte Verfolgung, Folter, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sind ebenso kennzeichnend für ihre Situation wie strukturelle Gewalt in Form von systematischer Diskriminierung, fehlender Zugang zu Bildung oder medizinischer Versorgung oder der Verlust von Existenzgrundlagen infolge von Konflikten oder Umweltkatastrophen.

Dazu kommen bedrohliche und entwürdigende Bedingungen während der Flucht, wie etwa lebensgefährliche Fluchtrouten über Land und See, Ausbeutung durch Schleuser, willkürliche Inhaftierung, Nahrungs- und Wassermangel, ausbleibende medizinische Hilfe und der Verlust oder die Trennung von Familienangehörigen. Insbesondere bei langandauernder Flucht oder wiederholten Vertreibungen können sich chronischer Stress, Schlafstörungen und das Gefühl der Entmenslichung verfestigen.

Auch nach der Ankunft im Aufnahmeland stehen viele Geflüchtete vor neuen, teils langanhaltenden Stressfaktoren: Un-



sicherheit über den Aufenthaltsstatus, Asylverfahren mit unklaren Anforderungen, langen Bearbeitungszeiten und ungewissem Ausgang, fehlende Rechte, eingeschränkter Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Entwurzelung und soziale Isolation.

Die Belastungen Binnenvertriebener werden durch die anhaltende räumliche Nähe zur Konfliktzone häufig noch verstärkt. Da sie oft in prekären Sicherheitslagen verbleiben, sind sie besonderen Risiken wie wiederholter Vertreibung, eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsversorgung und fehlendem Schutz durch staatliche Institutionen ausgesetzt.

Auch eine Rückkehr an den Heimatort bedeutet nicht automatisch eine Entlastung. Nach den traumatischen Flucht- und Aufnahmeerfahrungen sehen sich die Menschen in ihrem Herkunftsland häufig unsicheren Verhältnissen und sozialen Spannungen gegenüber, etwa durch anhaltende Instabilität, Landkonflikte oder fehlende wirtschaftliche Perspektiven. Zudem sind Rückkehrende oft mit Stigmatisierung konfrontiert. Auch dies verstärkt psychische Belastungen und erschwert die Reintegration.

Viele Symptome psychischer Belastung zeigen sich dabei häufig erst dann, wenn die akute Fluchtsituation (und damit die traumatische Erfahrung) vorüber ist und die Betroffenen sich vermeintlich in Sicherheit befinden, sei es im Aufnahmeland oder bei Rückkehr im Herkunftsland. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass etwa jede fünfte von einem Gewaltkonflikt betroffene Person (22%) eine psychische Erkrankung entwickelt, darunter Depressionen, Angststörungen, posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), bipolare Störungen oder Schizophrenie.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen unbehandelter Traumata

Die Folgen dieser psychischen Belastungen betreffen allerdings nicht nur Individuen, sondern haben auch wirtschaftliche und

gesellschaftliche Auswirkungen. In ökonomischer Hinsicht schlagen sich die psychischen Langzeitfolgen von Flucht- und Gewalterfahrungen in einer erhöhten Belastung der Gesundheits- und Sozialsysteme nieder. Unbehandelte Traumafolgen wie Depressionen, Angststörungen oder PTBS führen zu einer gesteigerten Inanspruchnahme medizinischer Versorgung, was die oftmals ohnehin begrenzten Ressourcen der Aufnahmestaaten zusätzlich strapaziert. Gleichzeitig sind viele Betroffene langfristig nicht oder nur eingeschränkt arbeitsfähig. Dies wiederum erschwert es ihnen, wirtschaftlich unabhängig zu werden, und verringert das volkswirtschaftliche Potential der Gesellschaft. Auch im Bildungsbereich sind die Folgen gravierend. Psychische Belastungen beeinträchtigen die Lernfähigkeit und senken die Bildungsbeteiligung von Geflüchteten und wirken sich auf lange Sicht negativ auf ihre Berufsqualifizierung, ihre Arbeitsmarktchancen und ihr Einkommen aus.

Zudem ist in sozialen Kontexten, die durch einen hohen Anteil von traumatisierten Menschen gekennzeichnet sind, ein Anstieg häuslicher und sexualisierter Gewalt zu beobachten. Dies verursacht nicht nur weiteres menschliches Leid, sondern auch weitere Kosten, etwa durch erhöhte Gesundheitsausgaben und geringere Arbeitsproduktivität. Hinzu kommt, dass unbehandelte Traumata oft an nachfolgende Generationen »vererbt« werden: Kinder traumatisierter Eltern entwickeln häufiger Verhaltensauffälligkeiten oder psychische Störungen.

Darüber hinaus können unbehandelte Traumata die soziale Kohäsion und Stabilität von Gesellschaften gefährden. Symptome wie Misstrauen oder sozialer Rückzug machen es Geflüchteten schwer, in ihrer neuen Umgebung stabile Beziehungen aufzubauen. Dazu tritt oft die Erfahrung von Diskriminierung und Ausgrenzung, etwa bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem. All diese Faktoren können soziale Spannungen zwischen Geflüchteten und der Aufnahmebevölkerung verstärken und Integrationsprozesse erschweren.

In den Herkunftsländern wiederum können die psychischen Belastungen von zurückgekehrten Geflüchteten den Wiederaufbau nach Konflikten behindern. Menschen mit Fluchttraumata, die keine psychosoziale Unterstützung erhalten, sind häufig nur eingeschränkt in der Lage, konstruktiv an Friedensprozessen und am institutionellen oder wirtschaftlichen Wiederaufbau mitzuwirken. In besonders fragilen Kontexten kann dies sogar zur Remobilisierung von Gewalt beitragen. Ehemalige Kämpfer:innen, Überlebende sexualisierter Gewalt oder marginalisierte Gruppen, die in einem Zustand ungelöster Traumatisierung verbleiben, sind anfälliger für Retraumatisierung, Re-Rekrutierung oder den Rückzug in gewaltlegitimierende Narrative. Fehlen des Vertrauens in Mitmenschen und staatliche Institutionen wirkt wie ein Nährboden für erneute Eskalationen.

Psychosoziale Unterstützung in Krisen- und Konfliktkontexten

Studien zeigen, dass eine frühzeitige und kontinuierliche psychosoziale Unterstützung posttraumatischen Langzeitfolgen vorbeugen kann. Unter dem international etablierten Begriff MHPSS (Mental Health and Psychosocial Support, deutsch: psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung) werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die das psychosoziale Wohlbefinden von Individuen stärken und psychischen Störungen vorbeugen sollen. MHPSS umfasst dabei ein breites Spektrum an Ansätzen, die emotionale, soziale, spirituelle, kognitive und verhaltensbezogene Dimensionen adressieren, ohne ausschließlich einem medizinischen Behandlungsmodell zu folgen. Häufig handelt es sich um niederschwellige, gemeindebasierte Maßnahmen, die im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialarbeitsbereich von Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt werden. MHPSS schließt aber auch spezialisierte klinische Versorgung mit ein.

Als internationaler Referenzrahmen für psychosoziale Arbeit in Krisen- und Konfliktkontexten gilt seit 2007 ein vom Inter-Agency Standing Committee (IASC, ständiger interinstitutioneller Ausschuss für die Koordination der humanitären Hilfe) entwickeltes Pyramiden-Modell. Es visualisiert vier Interventionsfelder. Die Ebenen sind dabei nicht als Hierarchie zu verstehen, sondern ergänzen einander und sollen idealerweise parallel bearbeitet werden.

Basisversorgung und Sicherheit

Auf der untersten Ebene der Pyramide geht es darum, psychosoziale Aspekte bereits in die Planung und Umsetzung grundlegender Maßnahmen einzubeziehen – etwa bei der Bereitstellung von Nahrung, Wasser, Wohnraum oder einer Basisgesundheitsversorgung. Die Interventionen auf dieser Ebene müssen bedarfsorientiert, konfliktsensibel und darauf gerichtet sein, negative Folgen zu vermeiden.

Familien- und Gemeinschaftsstärkung

Die zweite Ebene zielt auf die Förderung sozialer Netzwerke und kollektiver Ressourcen. Dazu gehören etwa Sensibilisierungskampagnen gegen Stigmatisierung, der Aufbau sicherer Begegnungsräume oder einkommensschaffende Maßnahmen, die Stabilität und Teilhabe fördern.

Gezielte psychosoziale Unterstützung

Auf der dritten Ebene erhalten Einzelpersonen, Familien oder Gruppen Unterstützung durch geschulte Fachkräfte aus Gesundheits- und Sozialberufen. Typische Angebote in dieser Dimension sind psychologische Erste Hilfe, grundlegende psychologische Versorgung oder Maßnahmen zur sozialen und ökonomischen Reintegration.

Spezialisierte klinische Versorgung

Die oberste Ebene der Pyramide repräsentiert all jene Aktivitäten zur Unterstützung von Menschen, die aufgrund starker Einschränkungen in ihrem Alltag eine langfristige psychologische oder psychiatrische Behandlung benötigen. Diese wird von ent-

sprechend qualifiziertem Fachpersonal geleistet.

In der Praxis wird diese integrierte Versorgung allerdings selten in ausreichendem Umfang und angemessener Qualität bereitgestellt. Auch in wohlhabenden Aufnahmeländern wie Deutschland ist der Zugang zu psychologischer Versorgung für Geflüchtete eingeschränkt: Während des Asylverfahrens sind nur akute Erkrankungen und Notfälle abgedeckt, Psychotherapien daher nur in Ausnahmefällen möglich. Anerkannte Flüchtlinge haben zwar über die gesetzlichen Krankenkassen Zugang zu psychologischer Unterstützung; bürokratische Hürden für Übersetzung und ein Defizit an spezifischer Expertise für fluchtbedingte Beschwerden bestehen aber weiter.

Insbesondere in fragilen und/oder Entwicklungsländern und damit in vielen Fluchtsituationen ist der Mangel sowohl an notwendigen Ressourcen als auch an qualifiziertem Personal noch ungleich höher.

Der HDP-Nexus als strategischer Rahmen für Fluchtsituationen und MHPSS

Für die Integration von MHPSS in die internationale Zusammenarbeit im sogenannten Globalen Süden bietet der Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus) einen geeigneten konzeptionellen Rahmen. Dies wird jedoch bislang noch nicht systematisch genug genutzt.

Der HDP-Nexus wurde 2016 entwickelt, um die klassische Trennung zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung zu überwinden. Ziel ist es, Synergien zwischen kurzfristiger Nothilfe und den Zielen einer langfristigen Entwicklung und nachhaltigen Stabilisierung herzustellen. Durch die koordinierte Bearbeitung der strukturellen Ursachen von humanitären Notlagen, mangelnder Entwicklung und Gewaltkonflikten soll humanitäre Hilfe langfristig überflüssig werden und sollen Betroffene wieder selbstbestimmt über ihr Leben

entscheiden können. Diese Fortschritte gilt es durch Friedensförderung zu sichern.

Der HDP-Nexus bietet sich für die Bearbeitung von Fluchtsituationen besonders an. Dies zeigt sich gerade im Hinblick auf die beiden zahlenmäßig bedeutendsten der traditionellen drei dauerhaften Lösungen (mit Resettlement) in Fluchtkontexten: die lokale Integration im Aufnahmeland und Rückkehr. Während in unmittelbaren Not-situationen humanitäre Hilfe benötigt wird, erfordert die Integration in der Aufnahmegesellschaft ebenso wie die Reintegration in die Herkunftsgesellschaft entwicklungs-politische Ansätze, die Betroffene dazu befähigen, ein eigenständiges Leben ohne Hilfe von außen zu führen. Diese Prozesse sind konfliktanfällig: Bei der Integration kann es zu Konflikten zwischen Geflüchteten und Aufnahmegesellschaften kommen; für eine Rückkehr an den Herkunftsort ist die Schaffung von Sicherheit und Frieden eine maßgebliche Voraussetzung. Entsprechend ist es notwendig, die Prozesse mit friedensbildenden Maßnahmen zu flankieren.

MHPSS wird im Nexus bislang nur punktuell berücksichtigt. Dabei könnten alle drei Nexus-Säulen direkt oder indirekt von MHPSS profitieren: In der humanitären Hilfe kann psychosoziale Unterstützung unmittelbar dazu beitragen, Leid zu lindern, Schutz zu gewährleisten und die Hürden für die Inanspruchnahme anderer Angebote zu senken. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit können MHPSS-Maßnahmen den Zugang zu Bildung und die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern und damit ein Baustein zur Einkommenssicherung sein, indem sie psychische und psychosoziale Barrieren zu überwinden helfen. Und in der Friedensförderung stärkt MHPSS soziale Kohäsion, das Vertrauen in Institutionen und die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei auszutragen – zentrale Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden.

Der Beitrag, den MHPSS-Angebote zur Friedensbildung leisten können, ist für Fluchtkontexte besonders relevant – sei es für das Zusammenleben von Geflüchteten und Aufnahmegesellschaften, für nachhaltige Rückkehrprozesse oder für die

Schaffung von Frieden, Sicherheit und Stabilität im Herkunftsland.

MHPSS und Friedensförderung

Der positive Zusammenhang zwischen Friedensförderung und MHPSS ist mittlerweile breit anerkannt. Dies zeigt sich auch an der umfassenden konzeptionellen Integration von MHPSS in die Friedensförderung im Laufe der letzten 20 Jahre.

Als erster internationaler Bezugspunkt gilt die Veröffentlichung der *IASC Guidelines on MHPSS in Emergency Settings* im Jahr 2007. Die *Guidelines* formulierten erstmals sektorübergreifende Standards für psychosoziale Hilfe in akuten Krisen, ohne jedoch längerfristige Wirkungen für Nachkriegsgesellschaften in den Blick zu nehmen oder MHPSS mit Friedensförderung explizit zu verknüpfen. Auch der *Mental Health Action Plan* der WHO (2013–2020, verlängert bis 2030) verweist vor allem auf den Bedarf psychosozialer Versorgung in fragilen und Post-Konflikt-Kontexten. Ein entscheidender Impuls zur strategischen Verknüpfung von MHPSS und Friedensbildung erfolgte mit dem Bericht *Pathways for Peace* (2018) von Weltbank und Vereinten Nationen, der psychosoziale Belastungen als Risikofaktor für gewaltsame Eskalationen identifizierte und MHPSS als Teil präventiver Ansätze diskutierte. Im selben Jahr veröffentlichte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein *Guiding Framework for MHPSS in Development Cooperation*, in dem bereits Bezüge zu gesellschaftlicher Kohäsion und Friedensförderung hergestellt werden — jedoch nicht im Fokus stehen.

Im Jahr 2019 reaktivierte die MHPSS-Referenzgruppe des IASC eine eigene Arbeitsgruppe, um MHPSS und Friedensförderung konzeptionell zu verbinden. Im Zuge des *UN Peacebuilding Architecture Review* (2020) wurde MHPSS schließlich offiziell als Bestandteil von Friedenskonsolidierung anerkannt. Eine vom niederländischen

Außenministerium koordinierte Task Force entwickelte daraufhin Empfehlungen zur Stärkung dieser Schnittstelle. Im gleichen Jahr betonte auch der UN-Generalsekretär in seinem Bericht *Peacebuilding and Sustaining Peace* die Notwendigkeit, MHPSS stärker in Friedensprozesse zu integrieren. Parallel dazu erkannte auch der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) in seinem *Konzept für EU-Friedensmediation* die Bedeutung psychosozialer Expertise für Friedensprozesse an.

Wichtige weitere Meilensteine folgten: 2022 legte das IASC eine überarbeitete Version des *Mental Health and Psychosocial Support Minimum Service Package* vor — ein standardisiertes Leistungsangebot, das auch auf eine längerfristige Nachsorge in Fluchtkontexten ausgerichtet ist. Im gleichen Jahr erschien ein umfassender Leitfaden des UNDP (United Nations Development Programme) zur Integration von MHPSS in die Friedensförderung, ergänzt durch ein praxisorientiertes Manual der IOM (International Organization for Migration) zur gemeindebasierten MHPSS-Arbeit in Flucht- und Vertreibungskontexten.

Diese Entwicklung macht einen Paradigmenwechsel deutlich: weg von einer rein humanitären psychologischen Notfallversorgung, hin zu einem strategischen Verständnis von psychosozialer Unterstützung als eines integralen Bestandteils nachhaltiger Friedensförderung, insbesondere in Kontexten fragiler Staatlichkeit, gewaltsamer Konflikte und Flucht.

Die Friedensdimension im HDP-Nexus: kleines p und großes P

Obwohl MHPSS und Frieden bereits miteinander verknüpft gedacht (und auch in der Praxis miteinander verbunden) werden, fehlt eine explizite konzeptionelle Einbettung von MHPSS in den Nexus. Ein solcher Schritt bietet sich indes an, wie ein differenzierter Abgleich mit der als P-Säule (für engl. »peace«) bezeichneten Friedensdimension des Nexus zeigt.

Diese P-Säule wird meist in »kleines p« und »großes P« unterschieden. Das »kleine

p« beschreibt Friedensförderung auf der lokalen und gesellschaftlichen Ebene. Dabei geht es um das alltägliche gesellschaftliche Zusammenleben, um Vertrauen, soziale Kohäsion und gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

Das »große P« hingegen bezieht sich auf strukturelle und politische Friedensprozesse, die sich auf die Ursachen von Gewalt fokussieren und nachhaltige Stabilität und positiven Frieden schaffen sollen. Dazu gehören hochrangiger politischer Dialog, Diplomatie und Friedensmissionen und Stabilisierungseinsätze, aber auch Versöhnung, Übergangsjustiz (Transitional Justice), institutioneller Wiederaufbau und die Wiederherstellung des Vertrauens in staatliche Strukturen.

Psychosoziale Unterstützung kann sich sowohl auf die Förderung individueller und gemeinschaftlicher Resilienz (»kleines p«) als auch auf gesellschaftliche Heilung und die Schaffung strukturellen Friedens (»großes P«) richten.

MHPSS im »kleinen p«

Im Rahmen der Aktivitäten des »kleinen p« entfaltet MHPSS in Fluchtkontexten seine friedensfördernde Wirkung primär durch die Stärkung sozialer Kohäsion und die Förderung des gewaltfreien Zusammenlebens zwischen Geflüchteten, Binnenvertriebenen und Aufnahmegemeinschaften bzw. zwischen Rückkehrenden und Verbliebenen (stayees). Auch wenn die Wirkung auf diesem Level quantitativ schwierig zu messen ist, gehen Expert:innen davon aus, dass psychosoziale Interventionen dazu beitragen, Misstrauen, Stigmatisierung und Spannungen abzubauen. Diese drohen häufig zu entstehen, wenn begrenzte Ressourcen, ungleiche Lebensbedingungen oder kulturelle Unterschiede die Beziehungen zwischen Gruppen belasten. Niedrigschwellige, gemeindebasierte MHPSS-Angebote wie Gruppenaktivitäten, Dialogforen oder Nachbarschaftsprojekte dienen dem gegenseitigen Verständnis und erhöhen die Empathie – zentrale Voraussetzungen für friedliches Zusammenleben. So förderte das BMZ bereits ab 2014 im Rahmen der Sonder-

initiative »Geflüchtete und Aufnahme-länder« in Nachbarländern Syriens Projekte, die den sozialen Zusammenhalt zwischen Geflüchteten und Einheimischen und das Gefühl von Sicherheit stärken sollen, unter anderem durch die Einrichtung öffentlicher Begegnungsstätten wie sogenannter »Familiengärten« oder durch psychoedukative Sport- und Musikaktivitäten für Jugendliche. Ein weiteres Beispiel ist das Programm Game Connect, das die internationale Nicht-regierungsorganisation Right to Play seit 2020 in mehreren Flüchtlingssiedlungen in Uganda umsetzt. Durch spiel- und sportbasierte Aktivitäten in Schulen und Jugendzentren sollen das psychosoziale Wohlbefinden erhöht und das Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft zwischen geflüchteten Jugendlichen und Mitgliedern der Aufnahmegemeinschaften gestärkt werden.

Auch Cash-for-Work-Programme bieten Ansatzpunkte für MHPSS. In den von der GIZ in Jordanien durchgeführten Projekten wurden begleitende Gruppensitzungen eingeführt, in denen jordanische und syrische Teilnehmende gemeinsam über Stressbewältigung und alltägliche Herausforderungen reflektierten. Diese psychosozialen Angebote sollen sichere Begegnungsräume schaffen, Spannungen abbauen und gegenseitiges Verständnis innerhalb der Gruppen fördern.

Auch im Bereich Rückkehr können sich MHPSS-Maßnahmen vorteilhaft auf die Stabilisierung lokaler Gemeinschaften auswirken. So integrierte die IOM 2023 Angebote der psychosozialen Unterstützung in Programme für freiwillige Rückkehr und Reintegration. Durch psychologische Ersthilfe, Aufklärung und individuelle Beratung sollten Rückkehrende beim Umgang mit Stress, Verlust und Neuanfang unterstützt werden. Dies soll dazu beitragen, soziale Bindungen in den Herkunftsgemeinden zu festigen und Spannungen zwischen Rückkehrenden und Stayees zu verringern.

MHPSS im »großen P«

Während MHPSS im Rahmen des »kleinen p« also vor allem alltägliche Kohäsion und gewaltfreies Zusammenleben stärkt, richtet

sich der Fokus im »großen P« auf politische Friedensprozesse, Aufarbeitung, Versöhnung und Gerechtigkeit. Hier können MHPSS-Ansätze eine Brückenfunktion übernehmen, indem sie individuelle Heilung mit gesellschaftlicher Aufarbeitung verbinden und damit die psychosozialen Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden schaffen – ein Prozess, der sowohl für Aufnahmegesellschaften von Geflüchteten als auch von Rückkehrer:innen relevant ist.

Während diese Zusammenhänge theoretisch naheliegen, hinkt die praktische Umsetzung noch hinterher. Dafür lassen sich mehrere Gründe ausmachen. Eine Hürde besteht in knappen Mitteln, die gerade für einen noch relativ neuen Tätigkeitsbereich und vor dem Hintergrund weltweiter massiver Kürzungen in der internationalen Zusammenarbeit nur zögerlich bereitgestellt werden. Gleichzeitig bedeutet das im Nexus-Ansatz geforderte integrierte Vorgehen einen erhöhten praktischen Aufwand, und zwar nicht nur aufgrund des zusätzlich entstehenden Abstimmungsbedarfs zwischen den verschiedenen Akteuren, sondern auch, weil die dafür notwendige Expertise bei Mitarbeitenden und in standardisierten Abläufen erst verankert werden muss. Zudem sind psychische Beschwerden in vielen Gesellschaften sowohl in Geber- als auch in Entwicklungsländern weiterhin stark tabuisiert. MHPSS-Interventionen können daher einerseits beim Personal von humanitären und Entwicklungsorganisationen, andererseits bei Betroffenen Unbehagen und Sorge vor Stigmatisierung hervorrufen und ihre Umsetzung erschweren. Dies gilt insbesondere für den meist von Männern dominierten Sicherheitssektor und die häufig weiterhin männlich geprägten Führungsebenen in der Politik ebenso wie in den UN- und anderen internationalen Organisationen, die etwa mit den Friedensprozessen des »großen P« zu tun haben.

Und doch finden sich im Bereich des »großen P« einige Anknüpfungspunkte für ein Mainstreaming von MHPSS und somit für die Einbeziehung von psychologischen Faktoren in existierende Programme und Good Practices. So birgt MHPSS großes

Potential als Friedensressource bei verhältnismäßig geringem Mittelaufwand: Zusätzliche Expertise durch Fortbildung und Fachpersonal zu integrieren, scheint im Vergleich zu Kosten für vollständig neu aufgelegte Programme verkraftbar.

Damit bieten MHPSS-Interventionen eine Option für die Operationalisierung des HDP-Nexus und des »großen P« in Fluchtsituationen.

Denkbar wären in diesem Kontext insbesondere Maßnahmen, die an Friedensprozessen beteiligte Akteure sensibilisieren für die Erfahrungen Geflüchteter, Binnenvertriebener und Rückkehrender. Dazu zählt bei der Unterstützung von Friedensverhandlungen beispielsweise die Bereitstellung von »safe(r) spaces« und psychosozialer Erstversorgung während großer Anhörungen, an denen Betroffene beteiligt sind, ebenso wie die Begleitung und Betreuung von zivilgesellschaftlichen Gruppen und/oder Überlebenden. Psychosoziale Expertise, etwa durch Psycholog:innen oder MHPSS-Koordinator:innen, sollte gezielt in Verhandlungs- und Mediationsprozesse eingebunden werden. Diese Fachkräfte könnten durch die Analyse psychosozialer Dynamiken, die Entwicklung sicherer Beteiligungsformate und die Schulung von Mediator:innen und Unterhändler:innen in den Kompetenzen Traumasensibilität und Konfliktnarrative darauf hinwirken, dass Friedensverträge die Perspektiven aller betroffenen Gruppen berücksichtigen – einschließlich Menschen auf der Flucht sowie Rückkehrer:innen – und positiven, inklusiven Frieden als Ziel formulieren. Dabei sollten vor allem auch Frauen(-organisationen) berücksichtigt werden, deren Beteiligung sowohl als Delegierte bzw. Unterzeichnerinnen als auch als Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Gruppen nachweislich zur Qualität und Beständigkeit von Friedensschlüssen beiträgt. Die Einbindung von MHPSS-Expert:innen und -Expertise bzw. die entsprechende Schulung von Personal bietet sich auch für Missionsstäbe internationaler Organisationen und für Mitglieder von Transitional-Justice-Mechanismen oder Wahrheitskommissionen an. So kön-



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorinnen wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A02

nen diese befähigt werden, psychologische Faktoren im Prozess der Friedensbildung systematisch zu berücksichtigen und in ihre Arbeit zu integrieren – etwa Traumata, Angst oder Scham, die sich aus Flucht, Gewalt und Entwurzelung ergeben und die kollektive Heilung behindern können.

Auch Friedens- und Konfliktanalysen könnten diese psychologischen Faktoren noch stärker berücksichtigen als bisher und die möglicherweise traumatischen Erfahrungen von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Rückkehrer:innen ebenso wie von Stayees systematisch erfassen. Nur wenn die zugrundeliegenden *psychosozialen Dynamiken*, die Gewalt nähren oder Friedensprozesse blockieren – von Misstrauen über erlernte Hilflosigkeit bis zu generationsübergreifenden Traumata – sichtbar gemacht und bearbeitet werden, können Strategien entwickelt werden, die Friedensprozesse langfristig stabilisieren und Versöhnung ermöglichen.

Fazit: Synergie von MHPSS und HDP-Nexus in Fluchtkontexten

Für dauerhafte Lösungen in Fluchtkontexten ist psychosoziale Unterstützung sowohl auf der Ebene des »kleinen« als auch des »großen P« unabdingbar: Denn positiver Frieden setzt ein friedvolles Zusammenleben auf lokaler Ebene ebenso voraus wie politischen Frieden, der strukturelle Ursachen von Gewalt adressiert. MHPSS kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten: Psychosoziale Unterstützung entfaltet ihre Wirkung immer auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Sie lindert akute Not, stärkt soziale und ökonomische Teilhabe und schafft Voraussetzungen für Vertrauen und Kohäsion. Deutschland zählt neben den Niederlanden seit Jahren zu den wichtigsten Gebern im Bereich MHPSS – sowohl in der humanitären Hilfe als auch in der Entwicklungszusammenarbeit.

Diese führende Rolle im Bereich MHPSS sollte Deutschland strategisch nutzen, um die Friedensdimension des HDP-Nexus in Fluchtkontexten zu stärken. Es wäre wünschenswert, MHPSS-Expertise systematisch in Friedensprozesse, Stabilisierungseinsätze und Transitional-Justice-Formate einzubinden – etwa durch die Entsendung psychosozial geschulter Fachkräfte in Mediations- und Beobachtungsmissionen oder durch die Berücksichtigung psychologischer Faktoren in Konfliktanalysen und Friedensverträgen. Gleichzeitig sollte MHPSS als fester Bestandteil von Programmen der (Re-)Integration, der Rückkehrförderung und der Erhöhung des sozialen Zusammenhalts verankert werden. Dabei müssen lokale Strukturen und Partnerorganisationen noch stärker einbezogen werden.

Gerade in Zeiten weltweiter Mittelkürzungen – auch in Deutschland – und des schwindenden Engagements im Nexus-Ansatz von Seiten traditioneller Partner wie den USA kommt der Bundesregierung eine strategische Rolle zu. Eine fortgesetzte und sichtbare Priorisierung des MHPSS-Konzepts als Friedensressource – und der Einsatz für die Enttabuisierung von psychischen Beschwerden – in multilateralen Foren, bei den Vereinten Nationen und in der EU stärkt nicht nur die Handlungsfähigkeit Europas in fragilen Kontexten. Sie setzt auch ein Signal, dass Deutschland für eine resilienzorienteerte Friedenspolitik eintritt und sich als Treiber einer ganzheitlichen, menschenzentrierten Friedensförderung positioniert.

Nadine Biehler und Dr. Amrei Meier sind Wissenschaftlerinnen in der Forschungsgruppe Globale Fragen. Das Aktuell wurde verfasst im Rahmen des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekts »Strategische Flucht- und Migrationspolitik«.